

Demokratie direkt vor unserer Tür

Politische
Gestaltungsmöglichkeiten
in der Gemeinde



LANDESBEAUFTRAGTER
FÜR POLITISCHE
BILDUNG



**Unterrichtseinheit zum Themenbereich 1
„Politik betrifft uns“ der Fachanforderungen
Wirtschaft/Politik und zum Thema „Jugendliche:
Wachsende Rechte – Wachsende Verantwortung?“
der Fachanforderungen Weltkunde.**

Impressum

Der Landesbeauftragte für politische Bildung
des Landes Schleswig-Holstein
Karolinenweg 1, 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1646

Herausgeber
Christian Meyer-Heidemann
Michael Holldorf

Autoren
Janika Apitz
Florian Strehl

Illustrationen
studioiu, Silke Weissbach

Satz und Layout
amatik Designagentur, Kiel

3. Auflage, Kiel 2020

Dieses Material ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen
3.0 Deutschland Lizenz.



VORWORT DES HERAUSGEBERS

Liebe Lehrerinnen und Lehrer, liebe Interessierte,

in den Städten und Gemeinden wird Politik direkt erfahrbar. Einige Themen der Kommunalpolitik betreffen Jugendliche oft unmittelbar, so dass Schülerinnen und Schüler daran erkennen können: Demokratie findet direkt vor unserer Tür statt!

Die Kommunalpolitik bietet vielfältige Anknüpfungspunkte, um Schülerinnen und Schülern politische Strukturen, Akteure und Prozesse näherzubringen. Die Grundsätze demokratischer Wahlen, die Notwendigkeit, gemeinsame Angelegenheiten verbindlich zu regeln, oder die Frage nach Legitimation und Effizienz von Entscheidungen – dies alles lässt sich auch vor Ort in den Städten und Gemeinden beobachten.

Unsere repräsentative Demokratie wirft jedoch auch in den Kommunen Fragen auf: Sind wir nur Zuschauer? Werden unsere Interessen angemessen vertreten? Deshalb sollen Schülerinnen und Schüler in den hier konzipierten Unterrichtsstunden nicht nur die Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse beobachten, sondern ebenso ihre eigenen Beteiligungsmöglichkeiten kennenlernen. Denn besonders vor Ort in den Städten und Gemeinden können junge Menschen sich direkt beteiligen und aktiv in die Politik einmischen: in einem Kinder- und Jugendparlament, einem Kinder- und Jugendbeirat oder einer Jugendversammlung.

Die Kommunalpolitik hat noch einen Vorteil gegenüber der Bundes- oder Landespolitik: Die Wege sind kurz, der Kontakt zu den handelnden Personen ist direkt möglich. Nutzen Sie bitte diese Gelegenheit zum persönlichen Austausch und laden Sie Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in Ihren Unterricht ein.

Wir haben versucht, durch Kopiervorlagen Ihre Vorbereitungszeit für die einzelnen Unterrichtsstunden möglichst gering zu halten. Selbstverständlich stellen wir die Materialien digital unter www.politische-bildung.sh/unterricht zur Verfügung, damit Sie diese auf die konkrete Lerngruppe und die Ziele Ihres Unterrichts anpassen können.

Mein Dank gilt Studienrätin Janika Aplitz und Studienrat Florian Strehl für die Ausarbeitung des Materials. Stefan Kühl und Uwe Sommer vom Kreisjugendring Stormarn sowie Klaus Meeder vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren danke ich für die Initiative zu diesem Unterrichtsmaterial und ihre Mitarbeit im Redaktionsteam. Dem Offenen Kanal Schleswig-Holstein danke ich für die Unterstützung bei der Produktion der Video-Interviews.

Ich hoffe, mit „Demokratie direkt vor unserer Tür“ ein Unterrichtsmaterial herauszugeben, das es Ihnen erleichtert, das Thema Kommunalpolitik im Unterricht adressatenorientiert aufzugreifen. Für Ihre Bemühungen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung – im Kleinen wie im Großen – zu festigen, danke ich Ihnen.

Ihr



Dr. Christian Meyer-Heidemann
Landesbeauftragter für politische Bildung

ÜBERSICHT ÜBER DIE UNTERRICHTSEINHEIT

Std.	Thema	Inhaltlicher Schwerpunkt	Methodischer Schwerpunkt	Hauptintention/anzustrebende Kompetenzen (vgl. FA: Urteilskompetenz) Die SuS erwerben die Fähigkeit ...
1	Ich in meiner Gemeinde – Lläuft?!	Bestandsaufnahme Zufriedenheit, Was gefllt mir (nicht?) Warum? Formulierung von Wnschen	Erstellung Poster (Wnsche/Pustebume), das bis zum Ende der Einheit im Klassenzimmer hngen bleibt	<ul style="list-style-type: none"> ▷ ihre Zufriedenheit mit dem Leben in ihrer Gemeinde zu erlutern und zu begrnden. ▷ ein erstes Bewusstsein fr das Leben in der Gemeinde zu entwickeln. ▷ erste Mglichkeiten der Teilhabe wahrzunehmen (Verbesserungsvorschläge unterbreiten).
2	Meine Gemeinde – Bin ich nur Zuschauer/-in?	Steckbrief zur eigenen Gemeinde/Bestandsaufnahme und somit erste Überprüfung direkter und indirekter Beteiligungsmglichkeiten. Was gibt es konkret vor Ort?	Webquest/Internetrecherche mit Hilfe einer Checkliste	<ul style="list-style-type: none"> ▷ zu Beteiligungschancen innerhalb der Gemeinde im Spannungsfeld von Repräsentation und direkter Partizipation vorläufig Stellung zu nehmen.
3	Die Gemeindevertretung – Vertritt sie unsere Interessen?	Aufgaben/Zuständigkeiten der Gemeinde, Zusammensetzung der Gemeindevertretung, Motive	Begegnung mit Mitgliedern aus der Gemeindevertretung vor Ort alternativ: Interviewfilme mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Gemeinde- und Stadtvertretungen	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Aufgaben/Zuständigkeiten und Zusammensetzung der Stadtvertretung sowie die Motive der Vertreter/-innen hinsichtlich Repräsentation und Repräsentationsdefiziten zu beurteilen. ▷ sich ihr Bild von Politiker(inne)n im Spannungsfeld von persönlicher Identifikation und fachlicher Expertise zu verdeutlichen.
4 + 5	Bürgermeister/-in und „Rat“ – Wer hat mehr Macht?	Aufbau, Bürgermeister/-in und Gemeindevertretung, Entscheidungsfindung/Beschlussfassung in der Gemeinde	Begegnung mit Bürgermeister/-in aus der eigenen Gemeinde alternativ: Interviewfilme mit Bürgermeister(inne)n aus unterschiedlichen Städten und Gemeinden	<ul style="list-style-type: none"> ▷ zur Rolle der Bürgermeister/-innen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen von politischer Macht Stellung zu nehmen. ▷ das eigene Verständnis von politischer Macht zu reflektieren.

Std.	Thema	Inhaltlicher Schwerpunkt	Methodischer Schwerpunkt	Hauptintention/anzustrebende Kompetenzen (vgl. FA: Urteilskompetenz) Die SuS erwerben die Fähigkeit ...
6	Gründung eines Jugendparlaments – Vorhaben im Sinne aller Beteiligten?	Arten von Jugendvertretungen, Vor- und Nachteile	Debatte aus zugewiesenen Rollen	► zur Gründung einer Jugendvertretung im Spannungsfeld von Jugendperspektive und Perspektive der Gemeindevertretung differenziert Stellung zu nehmen.
7	Kinder- und Jugendbeirat – „Eine Schule der Demokratie“?	erfolgreiche Praxisbeispiele aus der Arbeit des Kinder- und Jugendbeirates Ahrensburg	Gruppenpuzzle	► Beteiligungs- und Mitbestimmungsrecht auf kommunaler Ebene zu erkennen und deren Chancen und Grenzen zu bewerten.
8 + 9	Bürgerbegehren/Bürgerentscheide – Wie viel direkte Mitbestimmung brauchen wir?	rechtliche Grundlagen von Bürgerbegehren/Bürgerentscheiden und die Vor- und Nachteile von Plebisziten (auf kommunaler Ebene) in der Diskussion	Arbeit mit Sachtexten und anschließende Debatte	► Bürgerbegehren und Bürgerentscheid als Mitbestimmungsinstrument zu erkennen. ► das Spannungsverhältnis von Partizipation und Repräsentation auf kommunaler Ebene zu beurteilen.
10 + 11	Kommunalpolitik – Ein Machtspiel mit vielen Figuren	Akteure und Interessen in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen	Gruppenarbeit und Konferenzspiel	► kommunalpolitische Entscheidungsprozesse aus der Sicht unterschiedlicher Akteure, Gruppen und spezifischer Interessenvertretungen zu bewerten und vor dem Hintergrund vielfältiger Betrachtungsebenen zu beurteilen.
12 + 13	Politik machen – Wünsche und Ideen für meine Gemeinde umsetzen!	Möglichkeiten, auf kommunaler Ebene selbstbestimmt politische Interessen zu verfolgen	Konzeptionelle Arbeit in Gruppen sowie Erstellung und Präsentation eines kreativen Produktes	► eigene Ideen für Projekte der Mitbestimmung auf kommunaler Ebene zu entwickeln, deren Durchsetzbarkeit im gegebenen institutionellen Rahmen zu beurteilen und ggf. konkrete Umsetzungsschritte einzuleiten.

ICH IN MEINER GEMEINDE – LÄUFT?!

Wenn von Politik die Rede ist, denken viele zunächst an die „großen“ Themen, die uns täglich in den Medien begegnen. Doch Politik findet im wahrsten Sinne auch direkt vor unserer Tür statt – die Kommunalpolitik.

Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, ihre Zufriedenheit mit dem Leben in ihrer Gemeinde zu erläutern und zu begründen, dabei ein erstes Bewusstsein für das Leben in der Gemeinde zu entwickeln und erste Möglichkeiten der Teilhabe wahrzunehmen (Verbesserungsvorschläge unterbreiten).

Die vertikale Machtverteilung in Deutschland sieht verschiedene Kompetenzen für Bund, Länder, Landkreise und Gemeinden vor. Dabei wird den Gemeinden im Grundgesetz das Recht zugesichert, „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ (Art. 28 Abs. 2 GG). Die Kommunalpolitik eröffnet somit die Chance, etwas in der Gemeinde zu gestalten und ggf. zu verändern. Um diese Chance zu nutzen, ist es für die Bürger/-innen von Bedeutung, sich ihrer eigenen Bedürfnisse und Interessen bewusst zu werden und die eigene Zufriedenheit in der Gemeinde zu beurteilen. Politik bedeutet auch, die eigenen Interessen artikulieren zu können. Da die Interessen der Jugendlichen individuell verschieden sind und der Auftakt der Einheit sich an der Lebenswelt der Lernenden orientieren soll, ist diese Stunde bewusst offen gehalten.

Bemerkungen zur Didaktik

Es ist davon auszugehen, dass die Schüler/-innen – auch aufgrund ihres Alters – wenig Kontakt mit Kommunalpolitik haben und ihnen die Aufgaben und Prozesse der Kommunalpolitik nicht bewusst sind. Diese Stunde stellt daher einen ersten Zugang zum Thema her, indem sie an die individuelle Wahrnehmung des Alltags anknüpft. Die Lernenden sollen zunächst Dinge nennen, mit denen sie in ihrer Gemeinde zufrieden bzw. unzufrieden sind. Anhand der Wünsche und Verbesserungsvorschläge sollte den Jugendlichen auch ein erster Überblick über die Zuständigkeiten der politischen Ebenen in Deutschland gegeben werden. Auf diese Weise können sie erkennen, inwiefern die Gemeinde für ihre Wünsche zuständig ist und mit der Interessenartikulation eine erste Teilhabemöglichkeit kennenlernen. Entsprechend können diese Wünsche am Ende der gesamten Unterrichtseinheit wieder aufgegriffen und Lösungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene thematisiert werden. Dadurch kann auch die Problemlösungskompetenz der Schüler/-innen gefördert werden.

Quellen und Literatur

- JÖRG BOGUMIL / LARS HOLTKAMP (Hrsg.): *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung*, Bonn 2016.
- KLAUS-DIETER DEHN: *Meine Gemeinde – ich mach mit!*, herausgegeben vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, 5. Auflage, Kiel 2013.
- ANDREAS KOST / HANS-GEORG WEHLING (Hrsg.): *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, 2. Auflage, Wiesbaden 2010.
- HILTRUD NASSMACHER: Kommunalpolitik in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 7–8/2011, S. 6–12.

Begriffe

Lebenswelt

Individuelle Zufriedenheit

Reflexion

Lebensumstände

Gemeinde

Wünsche

Zukunft

Zuständigkeiten der politischen Ebenen

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
5'	Einstieg LSG	1 Beschreibt die Grafik M1! 2 Nennt Beispiele für die verschiedenen Zuständigkeiten! 3 Unterscheidung Gemeinde/Kommune/ Stadt/Amt (LV)	Folie KV 1.1	1 Grafik: Politische Ebenen in Deutschland 2 Individuelle Beispiele 3 Gemeinde = Gemeinden und Städte (Stadtrecht), Amt = mehrere Gemeinden
	Gelenk LV	Gemeinde und Kommunalpolitik in den nächsten Stunden betrachten und diskutieren. Heute zunächst einen Blick auf euch und eure Gemeinde werfen.		
15'	Erarbeitung: EA GA	1 Arbeitsbogen 2 Arbeitsbogen 3 Überprüfung der Wünsche bzgl. Zuständigkeit der Gemeinden (ggf. auch als Hausaufgabe)	KV 1.2 KV 1.3 Vorderseite KV 1.3 Rückseite	individuelle Antworten der SuS
10'	Auswertung: SSG	1 Präsentation der Wünsche inkl. kurzer Begründung	KV 1.4 (Poster)	s. o.
15'	Vertiefung: LSG	1 Benennt Möglichkeiten, diese Wünsche umzusetzen!		Brief an Bürgermeister, selber machen, Unterschriften sammeln, ...

MEINE GEMEINDE – BIN ICH NUR ZUSCHAUER/-IN?

Unter Kommunalpolitik versteht man alle politischen Einrichtungen, politischen Prozesse und die sachlichen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaften.

Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, zu Beteiligungschancen innerhalb der Gemeinde im Spannungsfeld von Repräsentation und direkter Partizipation vorläufig Stellung zu nehmen.

Die kommunale Selbstverwaltung wird in Deutschland durch Artikel 28 Abs. 2 GG geregelt. Im Rahmen der Kommunalwahlen werden in Schleswig-Holstein alle fünf Jahre die Gemeinde- und Kreisvertretungen durch die Bürger/-innen legitimiert. Hauptamtliche Bürgermeister/-innen werden in Schleswig-Holstein direkt gewählt, ihre Amtszeit beträgt mindestens sechs und höchstens acht Jahre. Die Einzelheiten der Kommunalwahlen regelt das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz. Da Jugendliche bereits ab 16 Jahren das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen besitzen und die Themen und Aufgabengebiete der Kommunalpolitik in den Gemeinden häufig der unmittelbaren Lebenswelt von Jugendlichen entsprechen, spielen die Kommunalwahlen eine zentrale Rolle für die demokratische Teilhabe. Weiterhin liegen hier verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung (Einwohnerantrag, Bürgerbegehren, -entscheid, -information, -initiative) vor, in denen Bürger/-innen direkt partizipieren können. Das Repräsentationsprinzip wird hier um Elemente unmittelbarer Demokratie erweitert. Darüber hinaus haben Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren auf kommunaler Ebene besondere Beteiligungsmöglichkeiten (§ 47 f GO).

Begriffe

Gemeindestruktur
Rollenverständnis
Repräsentation
Partizipation
Selbstwahrnehmung

Bemerkungen zur Didaktik

Diese Stunde stellt eine exemplarische Bestandsaufnahme der Gemeindestruktur sowie der Beteiligungsmöglichkeiten in der Gemeinde dar. Da die Art der Beteiligung aufgrund der kommunalen Selbstverwaltung im Kompetenzbereich der Gemeinden liegt, bestehen erhebliche Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde. Daraus ergibt sich die Frage nach der Qualität der Beteiligung in den einzelnen Gemeinden. Dies sollte auf jeden Fall zu Beginn der Reihe durchgeführt werden, da hier das Spannungsfeld von direkten Beteiligungsmöglichkeiten und dem Repräsentationsprinzip bereits abgebildet wird.

Quellen und Literatur

JÖRG BOGUMIL / LARS HOLTKAMP (Hrsg.): *Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung*, Bonn 2016.

ANDREAS KOST / HANS-GEORG WEHLING: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – eine Einführung, in: Dies. (Hrsg.): *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, 2. Auflage, Wiesbaden 2010, S. 7–18.

HILTRUD NASSMACHER: Kommunalpolitik in Deutschland, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 7–8/2011, S. 6–12.

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
	Vorbereitende HA: EA/ggf. GA	Aufgabe 1.–3. (Vorentlastung der Stunde zeitlich und ggf. zwecks Nutzung des Internets) ☞ Alternativ im Unterricht, dann Doppelstunde einplanen!		
5'	Einstieg: EA/SSG	1 Abfrage 2 Ergebnisabfrage und Begründung!	Folie KV 2.1	individuelle Antworten der SuS
	Gelenk: LV	Heute genauer prüfen, ob ihr in eurer Gemeinde nur Zuschauer/-in seid oder auch mitmachen/mitbestimmen könnt. Dazu: eigene Gemeinde genauer unter die Lupe nehmen.		
15'	Erarbeitung: EA (Webquest)	1 Erarbeite einen Steckbrief für deine Gemeinde. (Name, Lage, Einwohnerzahl, Bürgermeister/ Amtszeit, Anzahl Gemeindevertreter/-innen, Wer darf wählen?, Öffentliche Sitzungen?, Beteiligungsmöglichkeiten, Beschlüsse zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen) 2 Überprüfe nun mithilfe des Steckbriefs, inwiefern du dich direkt oder indirekt beteiligen kannst. Trage deine Ergebnisse in eine Tabelle ein!	Internet/Befragung KV 2.2 ☞ Webquest bei Stunde 2 unter www.politische-bildung.sh/unterricht	individuelle Antworten der SuS
10'	Auswertung: SV	Präsentation der Ergebnisse		
15'	Vertiefung: LSG	Nimm persönlich Stellung, inwiefern du nur Zuschauer/-in in der Gemeinde bist! Verdeutliche dabei, was du unter gelungener Beteiligung verstehst (direkt/indirekt).		

DIE GEMEINDEVERTRETUNG – VERTRITT SIE UNSERE INTERESSEN?

**Der Gemeinderat oder die Ratsversammlung setzt sich aus
gewählten Mitgliedern zusammen und soll die Interessen der
Gemeindebevölkerung vertreten.**



Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, Aufgaben/ Zuständigkeiten und Zusammensetzung der Stadtvertretung sowie die Motive der Vertreter/-innen hinsichtlich Repräsentation und Repräsentationsdefiziten zu beurteilen und sich dabei ihr Bild von Politiker(inne)n im Spannungsfeld von persönlicher Identifikation und fachlicher Expertise zu verdeutlichen.

Die Gemeindevertretung entscheidet über die politischen Ziele der Gemeinde, fasst Beschlüsse und überwacht die Verwaltung, ob diese die gemachten Vorgaben ausführt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Gemeindevertreter/-innen findet häufig in Fachausschüssen statt. Die Qualität der Repräsentation von Jugendlichen durch die Gemeindevertretung wird durch verschiedene Kriterien beeinflusst. Dazu zählen die personelle Zusammensetzung und die individuellen Motive der Gemeindevertreter/-innen, die Themen, die in der Gemeinde aktuell von Bedeutung sind, sowie die Zuständigkeiten gemäß der Kompetenzverteilung der politischen Ebenen Deutschlands. Hinzu kommt, dass Jugendliche erst ab 16 Jahren das Recht haben, ihre Repräsentant(inn)en zu wählen.

Bemerkungen zur Didaktik

Wie stellt sich die Qualität der Repräsentation von Jugendlichen in der Gemeinde dar? Es sollen in persönlicher Begegnung oder durch die zur Verfügung gestellten Videos exemplarisch die personelle Zusammensetzung der Vertretungen, die Zuständigkeitsbereiche, das Wahlrecht und die individuellen Motive der Kommunalvertreter/-innen für ihre Arbeit analysiert werden. Die Überprüfung des Status Quo anhand eines konkreten Beispiels soll die Schüler/-innen befähigen, die Repräsentation von Jugendlichen zu beurteilen. Die Frage nach der Qualität der Repräsentation erfordert zudem eine Reflexion des eigenen Bildes von politischen Vertreter/-innen (z. B. hinsichtlich der Gemeinwohlorientierung oder fachlichen Expertise).

Begriffe

Gemeindevertretung
Gemeinwohlorientierung
Repräsentation
Kommunale Themen
Fraktionen
Parteien
Wählergemeinschaften

Quellen und Literatur

KLAUS-DIETER DEHN: *Meine Gemeinde – ich mach mit!*, herausgegeben vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, 5. Auflage, Kiel 2013.
In den Städten gibt es häufig Ratsinformationssysteme im Internet. Vgl. für Rendsburg (Beispiel aus dem Material): <https://sessionnet.krz.de/rendsburg/bi/infobi.asp>

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
	Vorbereitende Hausaufgabe: EA	1 Recherchiere und definiere, was unter der Gemeinde- und Stadtvertretung zu verstehen ist.	Internetrecherche	vgl. antizipiertes TB 3.1
5'	Einstieg: EA/SSG	1 Benenne, worum es grundlegend in den Zitaten geht! 2 Stelle die Aussagen der Jugendlichen bzgl. ihrer Repräsentation mit eigenen Worten dar! 3 Wie ergeht es euch in eurer Gemeinde? (Vorausurteil)	Folie KV 3.1	1 Vertretung/Repräsentation in Gemeinden/Städten 2 Fühlen sich gut/nicht gut vertreten; Gründe: nur Erwachsenenthemen, Gemeindevertreter verstehen uns nicht, Themen betreffen uns nicht 3 individuelle Antworten der SuS
	Gelenk: LV	Heute Aufgaben/Zuständigkeiten von Gemeindevertretungen aufgreifen/näher betrachten und auch die Frage „Wer vertritt euch eigentlich?“ klären, um Urteil zu Repräsentation fällen zu können. Dabei ein Beispiel betrachten (Rendsburg). 🔗 Wenn vergleichbar umfangreiches Material für die eigene Gemeinde verfügbar ist, kann dessen Recherche Bestandteil der vorbereitenden Hausaufgabe werden.	Vgl. Stunde 1 (Zuständigkeit der Gemeinden)	
15'	Erarbeitung: SSG/GA	Überprüfung gemäß Arbeitsaufträgen/der Zuständigkeitsbereiche/Themen, Zusammensetzung und Motive der Gemeindevertreter/-innen hinsichtlich der Repräsentation von Kindern und Jugendlichen.	KV 3.2 KV 3.3 Begegnung mit Mitgliedern der Stadt- oder Gemeindevertretung 🔗 unterschiedliche Parteien einladen (Alternativ zur Begegnung können Interviewfilme genutzt werden) 🔗 Stunde 3 unter www.politische-bildung.sh/unterricht	1 Beschlussfassung; Satzungen erlassen 2 Beispiele für Themen, die Kinder oder ausschließlich Erwachsene betreffen
10'	Auswertung: SV	1 Sammlung der Ergebnisse z. B. auf Folie/Tafelkärtchen.	Folie/Tafel TB 3.1	vgl. antizipiertes Tafelbild
15'	Vertiefung: LSG	Beurteile, inwiefern du dich in der Stadt Rendsburg „gut“ vertreten fühlen würdest! Verdeutliche dabei auch, welches Bild der Gemeindevertreter du hast (vgl. Motive aus Aufgabe 5)!		

Gemeindevertretung — Was ist das? (Linke Tafelseite)

- repräsentiert Gemeindebevölkerung
- besetzt Ausschüsse
- besteht aus von den Bürger(inne)n gewählten Gemeindevertreter(inne)n
- Gremium laut Gemeindeordnung
- andere Bezeichnungen: Stadtvertretung, Ratsversammlung (Kiel), Bürgerschaft (Lübeck), Stadtverordnetenkollegium (Husum, Heide, Elmshorn)
- Rollen (Bezeichnung variiert je nach Benennung des Gremiums): Ratsherren, Ratsfrauen, Ordentliches Mitglied, Stellvertretendes Mitglied, Fraktionsvorsitzende, Vorsitz

Die Gemeindevertretung — Vertretung unserer Interessen? (Tafelmitte)

Repräsentation

- + Wahl durch Bürger/-innen und somit Besetzung mit Repräsentant(inn)en gemäß freier Wahlentscheidung auf fünf Jahre
- + gleiche Wahl (Jede Stimme zählt gleich viel)
- + unmittelbar (direkte Wahl der Repräsentant(inn)en)
- + Repräsentant(inn)en handeln nach bestem Wissen und Gewissen im Sinne des Volkes
- + gilt als Volksvertretung in der Gemeinde
- + Ratsmitglieder verschiedener Parteien und somit Meinungen
- + Zusammensetzung: auch Lehrer, Pädagogen (Verstehen Interessen von Jugendlichen)
- + vgl. Familienstand
- + vgl. Wohngebiet/Stadtteil
- + Aktuelle Themen (Beispiele für Themen, die Jugend betreffen)
- + Motive Ehrenamt/Engagement

An Jugend interessiert, Gemeinwohlorientierung

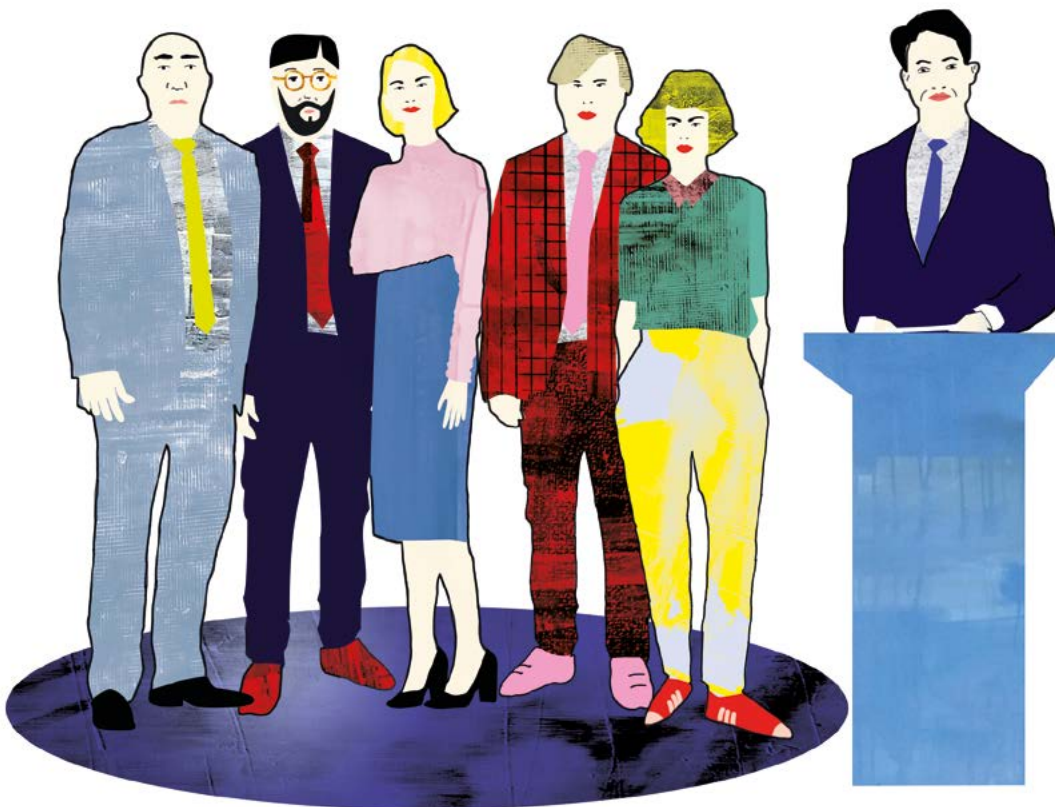
Repräsentationsdefizit

- ausgeschlossen: unter 16 Jahren, weniger als 6 Wochen Anwohner/-in, kein/-e EU Bürger/-in
- freies Mandat
- persönliches Verhältnis zwischen den Personen kann eine Rolle spielen (sachfremde Entscheidungsgründe)
- Gemeindevertreter/-innen alle über 18 Jahre (Passives Wahlrecht)
- vgl. Rendsburg (ab 45 Jahren aufwärts), fern von Jugendlichen
- vgl. Berufe wie ... (fern von Jugendlichen), keine hauptberuflichen Profis
- vgl. Familienstand
- vgl. Wohngebiet/Stadtteil

Klientelpolitik für andere Bürger/-innen, fachliche Expertise im Fokus

BÜRGERMEISTER/-IN UND „RAT“ — WER HAT MEHR MACHT?

Der Gemeinderat ist die politische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde. Ehrenamtliche Bürgermeister/-innen gehören den Gemeindevertretungen an. Hauptamtliche Bürgermeister/-innen in größeren Gemeinden oder Städten leiten die Verwaltung.



Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, zur Rolle der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vorstellungen von politischer Macht Stellung zu nehmen und dabei das eigene Verständnis von politischer Macht zu reflektieren.

Mit Hilfe der (Amts-)Verwaltung sind Bürgermeister/-innen dafür verantwortlich, dass die Beschlüsse der Gemeindevertretung umgesetzt werden. In der Verwaltung werden Aufgaben erledigt, die das Leben der Menschen in der Gemeinde betreffen, von der Geburt bis zum Tod. Die hauptamtlichen Bürgermeister/-innen werden direkt von den Bürger(inne)n gewählt, die ehrenamtlichen Bürgermeister/-innen werden von der Gemeindevertretung gewählt. Vergleicht man die beiden Gemeindeorgane, kann je nach individueller Vorstellung von politischer Macht das eine oder andere Organ als mächtiger beurteilt werden.

Bemerkungen zur Didaktik


In dieser Doppelstunde rücken die Aufgaben der Bürgermeister/-innen im Vergleich zur Gemeindevertretung in den Fokus. In diesem Zusammenhang sind auch der Aufbau und die Entscheidungsfindung innerhalb der Gemeinde von Bedeutung. Daran anknüpfend erfordert der Vergleich der Funktionen und Kompetenzen die Reflexion des individuellen Machtverständnisses. Auch in dieser Stunde bietet sich ein Besuch im Rathaus oder eine Einladung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters an.

Begriffe

Bürgermeister/-in
Gemeindevertretung
Macht
Ausschüsse
Willensbildung
Hauptamt/Ehrenamt

Quellen und Literatur

HANS-GEORG WEHLING: Rat und Bürgermeister in der deutschen Kommunalpolitik. Ein Rückblick auf die Reformprozesse, in: Andreas Kost/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, 2. Auflage, Wiesbaden 2010, S. 351–366.

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
10'	Einstieg: EA SSQ	1 Einschätzung Waage (ggf. als Punkt-abfrage an der Tafel) 2 Vorausurteil	KV 4 und 5.1	individuelle Antworten der SuS
5'	Gelenk LV	Heute herausfinden, wer eigentlich mehr Macht hat und dabei auch reflektieren, was wir unter politischer Macht verstehen. Dazu zunächst Aufbau und Zusammenwirkung der Gemeindeorgane betrachten, dann Entscheidungsfindung und Beschlussfassung näher beleuchten.		
45'	Erarbeitung: EA GA	Arbeitsaufträge gemäß Arbeitsbogen KV 4.2	KV 4 und 5.2 Besuch im Rathaus oder eine Einladung des BM in die Schule (Alternativ Interviewfilme)  Stunde 4 und 5 unter politische-bildung.sh/unterricht	► Bürgermeister: Initiativrecht, bereitet Anträge vor, Eilentscheidungen, Leitung der Stadt entsprechend Zielsetzung, gesetzl. Vertreter der Stadt, Ausführung, Leitung Stadtverwaltung ► „Rat“: Initiativrecht, Kontrolle Bürgermeister, Eilentscheidungen mit 2/3 kippen, Abstimmung-Beratung-Beschluss, Festlegung von Zielen und Grundsätzen
15'	Auswertung: SSQ	Visualisierung von Machtaspekten in Waage an Tafel	KV 4 und 5.3 Tafel TB 4 und 5.1	vgl. antizipiertes TB
15'	Vertiefung: LSG	Nimm persönlich Stellung, wer in der Gemeinde mehr Macht besitzt und verdeutliche dabei, was du unter politischer Macht verstehst.		► Repräsentation, Ausführung vs. Kontrolle und Beschlussfassung

Bürgermeister/-in und „Rat“ – Wer hat mehr Macht? (Beispiel Rendsburg)

Bürgermeister

- + Wahl des/der hauptamtlichen Bürgermeister/-in durch die Bürger/-innen (direkte Legitimation durch Direktwahl)
- + Wahl des/der ehrenamtlichen Bürgermeister/-in durch Gemeindevertretung (lediglich indirekte Legitimation durch die Bürger/-innen)
- + Mehrheitswahl
- + Ehrenamtliche/-r Bürgermeister/-in ist Vorsitzende/-r der Gemeindevertretung (Leitungsfunktion)
- + Hauptamtliche/-r Bürgermeister/-in ist Chef/-in der Verwaltung/Rathauses/Exekutive
- + Ehrenamtliche/-r Bürgermeister/-in kann Beschlüsse vorbereiten (s. o. Vorsitzender)
- + Bürgermeister/-in erarbeitet Vorlagen/Vorschläge, wie Beschlüsse umgesetzt werden, dabei eigene Entscheidungen im Rahmen der Gesetze (Exekutive)
- + Antragsrecht: Bürgermeister/-in kann eigene Anträge/Initiativen stellen
- + Widerspruchsrecht: Verantwortung Bürgermeister/-in, dass Ratsversammlung in ihren Beschlüssen die Gesetze verfolgt
- + politische Letztentscheidung
- + muss sich Gerichten und den Bürger(inne)n gegenüber verantworten
- + polizeiartige Befugnisse
- + Aufgabe des Rathauses allein in Hand des/der Bürgermeisters/Bürgermeisterin („da darf keiner reinreden“/staatliche Aufgaben durch neutrale Verwaltung)

Ratsversammlung

- + vgl. Vorstunde Aufgaben der Ratsversammlung
- + Beschlussfassung/Entscheidungen über Politik
- + direkte Wahl durch Bürger/-innen
- + Stadtpräsident/-in als Vorsitzende/-r der Stadtvertretung

GRÜNDUNG EINES JUGENDPARLAMENTS – VORHABEN IM SINNE ALLER BETEILIGTEN?

**Kinder- und Jugendparlamente stellen eine Möglichkeit der
Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler
Ebene dar.**



Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, zur Gründung einer Jugendvertretung im Spannungsfeld von Jugendperspektive und Perspektive der Gemeindevertretung differenziert Stellung zu nehmen.

Begriffe

Kinder-/Jugendvertretung
Jugendbeirat
Jugendparlament
Kinderversammlung
Teilhabe
Gestaltungsmöglichkeiten

Im Jugendparlament vertreten jugendliche Mitglieder die Interessen der Kinder und Jugendlichen gegenüber der Gemeindevertretung. Nicht in jeder Stadt oder Gemeinde gibt es ein solches Gremium. Aus Sicht der Jugendlichen erweitert es die Partizipationsmöglichkeiten, insbesondere wenn die Jugendvertreter/-innen Rede- und Antragsrecht im Rat haben. Für die Gemeindevertretung eröffnet eine Jugendvertretung die Möglichkeit, besser auf die Interessen der Jugendlichen – und damit auch der zukünftigen Wähler/-innen – einzugehen. Der politische Entscheidungsprozess wird aber auch komplexer, da nun weitere Interessen artikuliert werden und zu berücksichtigen sind.

Bemerkungen zur Didaktik

Diese Stunde problematisiert die Gründung einer Kinder- und Jugendvertretung am Beispiel eines Jugendparlaments aus unterschiedlichen Perspektiven. Aus Gründen der didaktischen Schwerpunktsetzung wird hier der Blick zunächst auf ein von den Jugendlichen der Gemeinde gewähltes Jugendparlament gerichtet und andere mögliche Formen wie beispielsweise Kinder- und Jugendbeiräte zunächst noch zurückgestellt. Gleichzeitig stellt die Stunde den Übergang zur Auseinandersetzung mit weiteren Beteiligungsformen dar.

Quellen und Literatur

KLAUS-DIETER DEHN: *Meine Gemeinde – ich mach mit!*, herausgegeben vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, 5. Auflage, Kiel 2013.
ANETTE SCHLEGLE: Schüler dürfen künftig mitreden, in: Frankfurter Rundschau vom 15. 02. 2015.
www.politische-bildung.sh/jugendbeteiligung

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
	Vorbereiten- de Hausauf- gabe: EA	Aufgabe 1	KV 6.1	
5'	Einstieg: EA & SSG	1 Stellt das Kinder- und Jugendparlament in Rodgau kurz dar! 2 Kartenabfrage: „Ja! Wir brauchen auch ein Kinder- und Jugendparlament!“ – „Nein! Wir brauchen kein Kinder- und Jugendparlament!“	KV 6.1/eigene Notizen HA Rote und Grüne Karten/alternativ „Daumenabfrage“	SuS positionieren sich und begründen Position kurz!
	Gelenk: LV	Ggf. recht einseitiges Meinungsbild, daher heute genauere Vor- und Nachteile betrachten und dabei auch schauen, warum einige Gemeindevertretungen Jugendparlamente ablehnen (auch deren Perspektive bedenken)!		
15'	Erarbeitung: EA GA	Aufgabe 2 und 3	KV 6.1 Tafelkärtchen, Filzstift o. ä., Klebeband	siehe antizipiertes TB
10'	Auswertung: SSG	Debatte aus zugewiesenen Rollen Visualisierung der Tafelkärtchen	s. o. TB 6.1	siehe antizipiertes TB
15'	Vertiefung: LSG	Nimm persönlich zur Einführung des Jugendparlaments Stellung! Auch für eure Stadt/Gemeinde wünschenswert?		individuelle SuS Antworten
	Transfer: UG oder EA in vertiefen- der Hausauf- gabe/Test	Erörtere und beurteile den Alternativvorschlag der Rodgauer CDU-Fraktion.	KV 6.2	

Einrichtung eines Jugendparlaments – Vorhaben im Sinne aller Beteiligten?

Aus Sicht der Jugendlichen

Gute Idee

- + bessere Repräsentation durch jugendliche Vertreter/-innen aus eigenen Schulen, somit auch Behandlung von Themen, die Jugend betreffen
- + mehr Mitsprache, da Jugendparlament Vorschläge machen darf
- + mehr Partizipation durch Möglichkeit zur Urwahl
- + Tagungen als aktive politische Partizipation
- + Anhörung schafft Bewusstsein für jugendliche Themen (Repräsentation)
- + Partizipation durch beratende Funktion

Aus Sicht der Gemeindevertreter/-innen

- + Chance, Themen der Jugend zu berücksichtigen und somit Wählerstimmen gewinnen (ggf. auch Eltern)

Keine gute Idee

- aber: können auch Vertreter/-innen sein, die nicht in der Stadt wohnen
- Was ist mit anderen Schulen? Repräsentationsdefizit dieser Schüler/-innen
- nur Vorschläge/Partizipation, die Kinder und Jugendliche betreffen; Wer bestimmt über Betroffenheit?
- nur Anhörung/Beratung; keine Mitbestimmung im Sinne von Entscheidungsbefugnis oder Kontrollfunktion
- Partizipation stark abhängig von Engagement der Jugendvertreter/-innen
- machen nur die mit, die Zeit und Ressourcen dafür haben
- Macht Entscheidungsfindung schwieriger (mehr Meinungen)
- Vorschläge der Jugend nicht immer fachlich gut und umsetzbar; Wie damit umgehen?

KINDER- UND JUGENDBEIRAT – „SCHULE DER DEMOKRATIE“?

„Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.“ (§ 47 f GO)

Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte auf kommunaler Ebene zu erkennen und deren Chancen und Grenzen zu bewerten.

Durch unterschiedliche Vertretungsformen haben Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein die Möglichkeit, sich in politische Entscheidungsprozesse einzumischen, auch wenn sie noch nicht wahlberechtigt sind. Diese Beteiligung der Kinder und Jugendlichen ist nach § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein eine kommunale Pflicht. Die Städte und Gemeinden müssen Kinder und Jugendliche in Angelegenheiten, die sie betreffen, also beteiligen und hierfür angemessene Verfahren entwickeln.

Die Stunde zeigt, ausgehend von Beispielen der Arbeit des Kinder- und Jugendbeirats in Ahrensburg, wie das Recht auf Beteiligung anhand von konkreten Projekten erfolgreich umgesetzt werden kann.

Bemerkungen zur Didaktik

Ausgehend von der Kenntnis des § 47 f der Gemeindeordnung sollen sich die Schüler/-innen in einem Gruppenpuzzle die Fallbeispiele gegenseitig vorstellen und herausarbeiten, was die Voraussetzungen für erfolgreiches Agieren auf kommunaler Ebene sind. Dabei erwerben sie einerseits institutionelle Grundkenntnisse und zudem gehen sie der Frage nach, wie sie ihre Ziele durchsetzen können – nämlich durch planvolles Handeln und Gemeinschaftssinn. Abschließend bekommen die Schüler/-innen die Gelegenheit, eigene Anliegen zu formulieren, die in späteren Stunden wieder aufgegriffen werden sollen.

Vertiefung

Was könnten Verfahren „über §16 hinaus ...“ konkret sein?

Quellen und Literatur

KLAUS-DIETER DEHN: *Meine Gemeinde – ich mach mit!*, herausgegeben vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, 5. Auflage, Kiel 2013.
<http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de>

Begriffe

Partizipationserfahrung

Partizipationsgremien

Kinder- und Jugendbeteiligung
in Schleswig-Holstein

§ 47 f der Gemeindeordnung
für Schleswig-Holstein

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
5'	Einstieg LSG	Erfragen von eigenen Erfahrungen/Beispielen hinsichtlich Beteiligung/Mitbestimmung? Dabei auch auf Vereine, Schule, Familie o. ä. eingehen, wenn SuS darauf nicht kommen.		Individuelle Antworten der SuS ► eigene Erfahrungen zu Mitbestimmung erfragen, ggf. durch Nachfragen (Formen von Partizipation in Familie, Verein) bewusst machen
5'	Gelenk LV	§ 47 f GO zeigen und erläutern Gesetz kurz vorstellen mit Verweis auf § 16. Überleitung Erarbeitung: Analysiert gelungene Bsp. der Umsetzung des Gesetzes durch den Kinder- und Jugendbeirat. ☞ Muss-, keine Kann- oder Soll-Bestimmungen ☞ auf Unterschied Beteiligung, Mitbestimmung hinweisen	KV 7.1	SuS positionieren sich und begründen Position kurz! ► ggf. Nachfragen zu LV ► Bedeutung von Beteiligung als Recht kennenlernen ► den Unterschied von Beteiligung und Mitbestimmung kennen ► ggf. konkrete Beispiele nennen ► „über § 16 hinaus“: SuS äußern Ideen
10'	Erarbeitung GA (Gruppenpuzzle)	L. teilt vier Beispiele an (Stamm-, Experten-) Gruppen aus. EXPERTEN (Aufg. 1 und 2)	KV 7.2 KV 7.3	Arbeit in Gruppen ► Kennenlernen und Analyse erfolgreichen Handelns im Rahmen eines institutionell verankerten Gremiums ► Aneignen von Kenntnissen über kommunale Institutionen
10'	Auswertung/ Erarbeitung 2 SSG	STAMM (Aufg. 3a und b), Auswertung insbesondere der Spalte 3a) „Erfolgskonzept“ und 3b) „eigene Ideen“ in den STAMMGRUPPEN	KV 7.2/3	► Austausch über Beispiele und Abgleich der Ergebnisse ► erste Überlegungen zu eigenen Initiativen im erlernten Rahmen
10' – 15'	Auswertung/ Vertiefung LSG	Auswertung Aufg. 2 und 3 im PLENUM zu 3b: An welchen Stellen würdet ihr euch konkret einbringen? Welche Vorteile hätte hier das Agieren im Rahmen einer Kinder- und Jugendvertretung (=KJV)? (Ideen aus 3b für Stunde 12/13 aufbewahren) Auswertung Aufg. 4	KV 7.3	► SuS stellen eigenen Ideen vor und wenden Wissen wiederholt an (s. o.). ► Aufg. 4: SuS sollen Stellung nehmen
	HA	Lesen des Textes „Bürgerbegehren, Bürgerentscheid“ als vorentlastende HA zu Folgestunde mit Bearbeitung der Aufg. 1, 2 (nicht Nr. 3)	KV 8.1	SuS wissen, was Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind.

BÜRGERBEGEHREN, BÜRGERENTSCHEIDE – WIE VIEL DIREKTE MITBESTIMMUNG BRAUCHEN WIR?

Erhöht direkte Demokratie die Legitimation der politischen Willensbildung oder sind politische Sachverhalte zu komplex, um direkt von den Bürger/-innen entschieden zu werden?



Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, Bürgerbegehren als Mitbestimmungsinstrumente zu erkennen und das Spannungsverhältnis von Partizipation und Repräsentation auf kommunaler Ebene zu beurteilen.

Begriffe

Direkte Demokratie
Repräsentation
Partizipation
Bürgerbegehren
Bürgerentscheid
Debatte

Für direkte Formen der Demokratie lassen sich Vor- und Nachteile anführen und begründen. Während auf Bundesebene immer wieder Kontroversen um die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden geführt werden, existieren auf kommunaler Ebene verschiedene Instrumente direkter Beteiligung. Im Zentrum der ersten von zwei Stunden steht die Erarbeitung der Vor- und Nachteile von Bürgerentscheiden. Dabei unterliegt das Zustandekommen eines Bürgerentscheids verschiedenen Bedingungen. Weiterhin kann ein Bürgerentscheid auf unterschiedlichen Wegen zustande kommen.

Den konkreten Aufhänger bildet ein Bürgerentscheid in Lübeck, dessen Inhalt und Ausgang nicht diskutiert werden soll. Er veranschaulicht jedoch zum Einstieg, was ein (typischer) Gegenstand eines Entscheids sein kann und er bietet Gelegenheit, Begriffe wie Quorum und Mindestbeteiligung am Beispiel zu veranschaulichen.

Bemerkungen zur Didaktik

In dieser Doppelstunde sollen die Vor- und Nachteile direkter Demokratie diskutiert werden. Als Debattengrundlage dienen zwei Texte, die zentrale Argumente gegenüberstellen. Bevor die Schüler/-innen sich weitere Kenntnisse aneignen, soll zu der Frage „Mehr Bürgerentscheide – Ja oder Nein?“ eine erste Abfrage erfolgen. An die Erarbeitung der Argumente schließt in der zweiten Stunde eine Fischbowl-Debatte an. Um der Diskussion Struktur zu geben, werden in einer vorangestellten Partnerarbeit Übungsformen von *Jugend debattiert* empfohlen. Wichtig ist, dass das Ziel der Debatte nicht darin besteht, eine/-n „Sieger/-in“ zu bestimmen, sondern die beste Lösung für das Problem herauszuarbeiten. Hierbei wird neben der inhaltlichen Argumentation, die die Voraussetzung für ein eigenes Urteil bildet, die Fähigkeit zuzuhören und schlüssig zu argumentieren geschult. Da einige Schüler/-innen nicht ihre eigene Meinung in der Debatte vertreten, ist es für diese Gruppe von Schüler(inne)n wichtig, ihnen zum Abschluss und nach einer zweiten Abstimmung die Gelegenheit zu einer persönlichen Stellungnahme zu geben.

Vertiefung

Am Ende der Stunde ist ein Rückbezug auf die Thesen vom Einstieg und von KV 8.1 Vorderseite, Aufgabe 3 möglich. Außerdem könnte man anknüpfend an „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ fragen, inwieweit dieser Grundsatz in der Praxis erfüllt ist? Dabei lässt sich besprechen, warum es Bürgerentscheide in Deutschland nicht auf nationaler Ebene gibt.

Quellen und Literatur

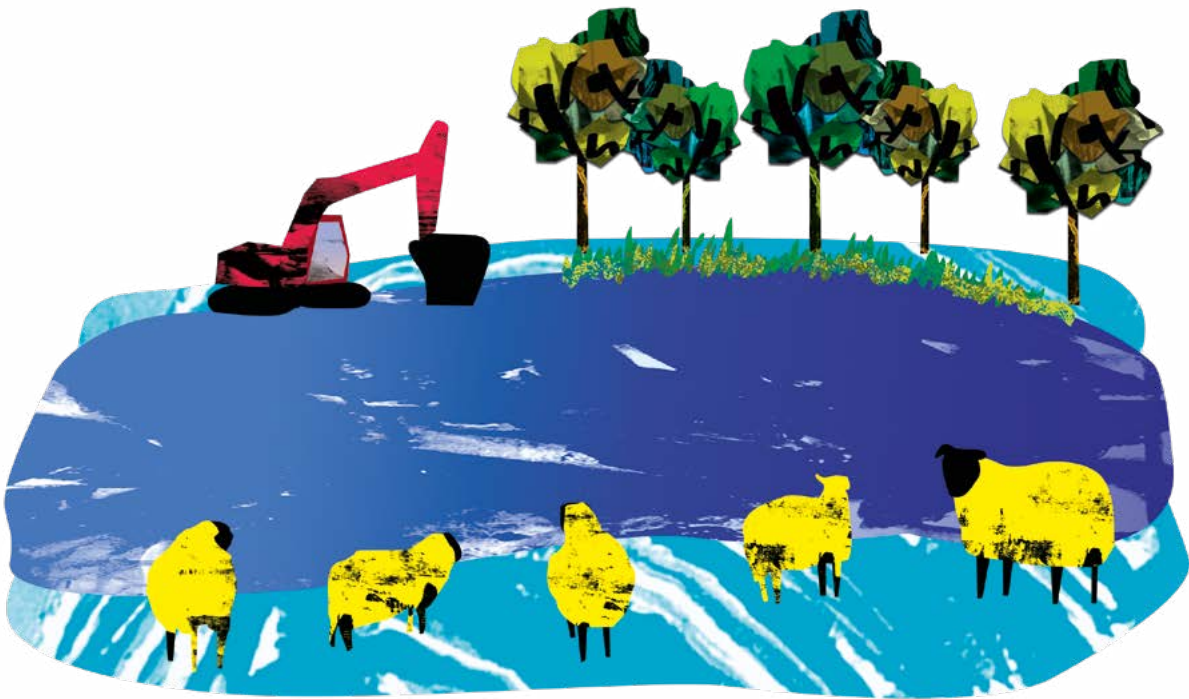
- ANDREAS KOST: Direkte Demokratie auf kommunaler Ebene, in: Andreas Kost/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): *Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung*, 2. Auflage, Wiesbaden 2010, S. 389–402.
- PATRIZIA NANZ / MIRIAM FRITSCHKE: *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*, Bonn 2012.
- ULRICH SARCINELLI / MATHIAS KÖNIG / WOLFGANG KÖNIG: Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Verwaltungsreform, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 7-8/2011, S. 32–39.
- Online Auftritt der Lübecker Nachrichten (<http://www.ln-online.de/Lokales/Luebeck/Vor-alle-Altstadt-Bewohner-gegen-Erhalt-der-Linden>)

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
10'	Einstieg LSG (alt. SV oder LV)	Was ist ein Bürgerbegehren? Aufgabe 1: Schaubild präsentieren (lassen) Aufgabe 2: 8 %, also 14 080 Personen ☞ Achtung: Bedeutung des Begriffes Quorum genau klären! s. Bsp. 8 % = Mehrheit?	KV 8.1 Vor- und Rückseite	Arbeit am Material, ggf. Nachfragen stellen ► SuS wissen, was Bürgerbegehren/Bürgerentscheide sind.
5'	Gelenk LSG	Aufgabe 3 (Abstimmung): Wer ist spontan für/gegen mehr Bürgerentscheide? (Abstimmungsergebnis für später notieren.)	Tafel Thesen von KV 8.2 auf Folie (optional)	► SuS äußern spontan Pro- und Contra-Argumente und bilden eine vorläufige Meinung/Fragehaltung aus.
10'	Erarbeitung 1 LSG	☞ Aufzeigen von Beispielen im Land, Nachfragen, ob Bsp. bekannt? (optional) Einführung zu Sachlage in Lübeck und Vortragen des Antrags (s. KV 8.2) Vor Austeilen der KV kurze Abfrage: Wer glaubt, dass Antrag erfolgreich war?	KV 8.2 Vorderseite	Nennung von Bsp. ► SuS wissen, dass Bürgerbegehren relativ häufig vorkommen und kennen typische Themen/Anlässe.
15'	Erarbeitung 2 EA (PA)	Aufgabe 1 (Argumente arbeitsteilig in Pro-Contra-Tabelle im Heft sammeln) Aufgabe 2 (Argumente arbeitsteilig in Pro-Contra-Tabelle im Heft sammeln) ☞ KV 8.2, Aufg. 2 optional, da Abfrage auch in der Auswertung 1 erfolgt	KV 8.2 Heft	Argumente aus den Texten erarbeiten ► SuS kennen zentrale Argumente für und gegen Volksentscheide.
10'	Auswertung 1: LSG	Abfrage der Argumente (ggf. clustern): a) Welche Argumente habt ihr für eure Position gefunden? b) Ordnet die Argumente danach, welche ihr für (besonders) überzeugend (++/+) und welche ihr für weniger überzeugend (o/-) haltet. Begründet eure Meinung. Hinweis: Tafelbild für spätere Vertiefung stehen lassen	KV 8.2 Rückseite Tafel/Folie	SuS präsentieren Argumente und gewichten sie. ► SuS kennen Argumente, können sie (für sich) begründet gewichten.

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
5'	Einstieg LSG	Gemeinsames Ausformulieren einer zugespitzten Streitfrage oder Rückgriff auf These von KV 8.2.	KV 8 Vorderseite	► Formulieren einer Streitfrage für die Debatte.
15'	Erarbeitung 2 StA/PA	Bearbeitung Aufgabe 3 L.: Bereite dich darauf vor, in einer Debatte zum Thema pro/contra (mehr) Bürgerentscheide die dir zugewiesene Positionen zu vertreten. Versuche die Rolle so gut wie möglich auszufüllen, auch wenn sie nicht deiner persönlichen Meinung entspricht.	Hefte KV 8	► SuS bereiten sich auf jeweils eine Rolle gezielt vor. ► Festigen/Vertiefen der erarbeiteten Argumente
5'	Sicherung 1 (ergänzend oder alternativ zu Sicherung 2)	Optionale Übung vor der Debatte: Tauscht in einer ersten Mini-Debatte in Partnerarbeit eure Argumente zur Streitfrage aus. 🔗 Methode nach Jugend debattiert (http://www.politische-bildung.sh/jugend/jugend-debattiert.html): Geht jeweils auf das Argument des Vorredners ein, wiederholt es, bevor ihr euer Gegenargument nennt. L. gibt an der Tafel vor: „Du sagst/behauptest/meinst ..., ich (wiederum) meine/denke/bin der Überzeugung, dass ...“ Überarbeitet/Ergänzt eure Rollenkarten für die große Debatte.	KV 8.2 Rückseite Hefte	► SuS spielen Debatte in PA strikt nach der Methode „du sagst ..., ich meine ...“ durch, üben Rolle und Argumentieren ein.
15'	Sicherung 2 Präsentation	– Durchführung z. B. als Fishbowl-Debatte: – Rollen: 2 x 4 SuS diskutieren, übrige SuS beobachten – Beobachtungsaufträge für Zuschauer (ggf. arbeitsteilig): 1 Inwieweit gelingt es den Debattierenden aufeinander einzugehen? 2 Welche Gruppe argumentiert (unabhängig von deiner eigenen Meinung) schlüssiger? 3 Tauchen neue Argumente auf? Welche?	Heft für Notizen	► SuS vertiefen ihr Verständnis für das Thema. Sie schulen die Fähigkeit aufeinander einzugehen und ggf. eine Rolle zu übernehmen, die nicht ihrer eigenen Meinung entspricht.
10'	Auswertung/ Vertiefung LSG	– Die Zuschauer/-innen geben Feedback anhand von Beobachtungsaufträgen; ergänzen Argumente an der Tafel – kurze abschließende Auswertung und offene Diskussion (vgl. TB Vorstunde.). – Wiederholung der Abstimmung und exemplarische Begründung der Entscheidung durch einzelne SuS	TB (Argumente; Abstimmungsergebnis)	► Feedback geben und inhaltlich auswerten ► Argumentieren ohne Rollenvorgabe ► Vor- und Nachteile im Gespräch differenziert verteidigen, eigene Position finden, Anwendung der Kategorien Partizipation und Repräsentation

KOMMUNALPOLITIK – EIN MACHTSPIEL MIT VIELEN FIGUREN

**Politik bedeutet, gemeinsame Lösungen zu finden und
Kompromisse einzugehen.**



Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, kommunalpolitische Entscheidungsprozesse aus der Sicht unterschiedlicher Gruppen und spezifischer Interessenvertretungen zu bewerten und vor dem Hintergrund vielfältiger Betrachtungsebenen – hier im Kern den Zielkonflikt Umweltschutz vs. Wirtschaftswachstum – zu beurteilen.

Begriffe

Interessenvertreter/-innen

Interessenkonflikte

Debatte

Kompromiss

Politische Verantwortung

Entscheidungsfindung



Diese Doppelstunde betrachtet in Form eines Rollenspiels die Komplexität von kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen. Als Problem stellt sich den Schüler/-innen die Abwägung zwischen Kosten und Nutzen bei der Ausweisung einer beliebten Flussuferzone als Gewerbegebiet. Zunächst arbeiten die Schüler/-innen in Gruppen die unterschiedlichen Interessen heraus. In der Spielphase präsentiert je ein/-e Schüler/-in die Argumente der Gruppe, damit möglichst viele Überlegungen in der Aussprache im Rat diskutiert werden und schließlich abgestimmt werden kann. Die Schüler/-innen bilden durch Rollenwechsel ihre Toleranz gegenüber anderen Ansichten aus und betrachten den Gegenstand aus vielerlei Perspektiven. Dabei erfahren sie, dass es für komplexe Fragen zwar keine einfachen Lösungen gibt, man schlussendlich eine Entscheidung treffen muss und sich mit den jeweiligen Opportunitätskosten der Entscheidung zu arrangieren hat.

Bemerkungen zur Didaktik

Als Hausaufgabe können die Schüler/-innen sich ihren Rollen entsprechend verkleiden. Die im Spiel nötige Einengung der Entscheidungssituation auf Zustimmung oder Ablehnung muss in der Reflexion unbedingt thematisiert werden. Vor allem die Kompromissbildung in der Politik muss als weitere (und übliche) Möglichkeit aufgegriffen und besprochen werden.

Quellen und Literatur

ANDREAS PETRIK / STEFAN RAPPENGLÜCK (Hrsg.): *Handbuch Planspiele in der politischen Bildung*, Bonn 2017.

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
10'	Einstieg LSG	<p>L. präsentiert/führt in Thema ein (s. KV 10)</p> <p>Einleitende Fragen (Ziele nur anreißen):</p> <ol style="list-style-type: none"> 1 Welche Gruppen/Interessenvertreter/-innen sind bei einem solchen Vorhaben beteiligt oder wollen beteiligt werden? 2 Welche Ziele verfolgen die einzelnen Gruppen hauptsächlich? <p> KV 10.1, mit oder ohne Erklärung kopieren</p> <p>L. notiert, ergänzt an der Tafel: Interessenvertreter/-in ► Hauptziel</p> <p> Interessengruppen erweiterbar</p>	Tafel	<p>► ggf. Nachfragen SuS</p> <p>► SuS stellen erste Vermutungen an, benennen Akteure und Interessen.</p> <p>► Die SuS kennen unterschiedliche Akteure, die bei kommunalpolitischen Vorhaben agieren und erkennen Interessengegensätze.</p>
5'	Gelenk LV	<p>L.: Für die Durchsetzung eurer Ziele benötigt ihr schlussendlich eine Mehrheit im Rat. Jede/-r Vertreter/-in sollte daher von Anfang an bemüht sein, auch andere Interessenvertreter/-innen durch überzeugende Argumente und eine kluge Rhetorik zu überzeugen.</p>		<p>► SuS berücksichtigen beim Ausarbeiten ihrer Position die Argumente der Gegenseite und sind sich bewusst, dass Kompromisse die Chance auf einen Erfolg erhöhen könnten.</p>
30'	Erarbeitung GA	<p>— L. erläutert Ablauf des Spiels im Detail</p> <p>— L. teilt Rollen zu. Ein/-e besonders geeignete/-r Schüler/-in wird Moderator/-in bzw. Bürgermeister/-in.</p> <p>— Arbeitsaufträge siehe KV 10.1</p>	KV 10.1 Hefte www	<p>► SuS erarbeiten in Gruppen detaillierte Positionen und bestimmen ihre/n Vertreter/-in für die ANHÖRUNG.</p>

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
30'	Präsentation (Debatte) LSG	<ul style="list-style-type: none"> – Ablauf: ANHÖRUNG – BEFRAGUNG und DISKUSSION – RATSSITZUNG und ABSTIMMUNG. – Moderator/-in begrüßt, führt Gesprächs- und Debatterregeln ein. <p>☞ Debattenregeln: Höflichkeit, Zeitvorgaben einhalten, formale Anrede, keine Zwischenfragen, Rednerliste befolgen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Alle SuS, die nicht präsentieren, wechseln für die Anhörung in die Rolle eines Ratsmitglieds. – L.: In der Fragephase, die an die Anhörung anschließt, habt ihr die Pflicht, Nachfragen zu stellen, um euch eine eigene Meinung zu bilden und um diese in der Ratssitzung vertreten zu können. – L. bestimmt zwei SuS zu Journalist(inn)en, die die Argumente protokollieren. Diese können in der Fragephase Unstimmigkeiten zur Debatte klären. 	AB Notizen aus GA	<ul style="list-style-type: none"> ▶ ggf. Nachfragen zum Ablauf ▶ Austausch der Positionen als Grundlage für eine eigene Meinungsbildung. ▶ Betrachtung der Problematik aus unterschiedlichen Blickwinkeln durch Rollenwechsel. ▶ SuS haben eine Vorstellung von der Komplexität politischer Entscheidungsfindung vor dem Hintergrund vieler gut begründeter Interessen.
15'	Reflexion LSG	<ul style="list-style-type: none"> – L. moderiert Aussprache zum Ergebnis, mögliche Fragen: – Wäre es besser gewesen, einen neuen Antrag (= Kompromiss) zu formulieren? – Bei Mehrheit contra Gewerbegebiet: Umweltschutz ist oft populärer. Überlegt Situationen, in denen du persönlich eher pro Ausbau des Gewerbegebietes argumentieren würdest? – Methodenreflexion 		<ul style="list-style-type: none"> ▶ SuS können sich frei von Rollenzwängen äußern, erkennen ggf. auch, dass nicht immer Kompromisse möglich sind. ▶ SuS skizzieren Fälle, bei denen Arbeitsplatz der Eltern/eigene Jobaussichten betroffen sind. ▶ Kritik, Ideen zur Optimierung

WIR MACHEN POLITIK! – WÜNSCHE UND IDEEN FÜR MEINE GEMEINDE UMSETZEN

Inzwischen haben sich die Schüler/-innen Hintergrundwissen über Akteure und Prozesse der Kommunalpolitik angeeignet und eine Entscheidungsfindung simuliert. Nun gilt es, selbst aktiv zu werden, und sich mit realen Anliegen in die Politik vor Ort einzumischen.



Hauptintention

Die Schülerinnen und Schüler erwerben die Fähigkeit, eigene Ideen für Projekte der Mitbestimmung auf kommunaler Ebene zu entwickeln, deren Durchsetzbarkeit im gegebenen institutionellen Rahmen zu beurteilen und ggf. konkrete Umsetzungsschritte einzuleiten.

Begriffe

Kampagne

Selbstwirksamkeit

Politische Planung

In der abschließenden Doppelstunde sollen die Schüler/-innen politisch tätig werden, indem sie eine politische Kampagne entwerfen. Die Stunde verfolgt das Ziel, angeeignetes Wissen anzuwenden und den zu Beginn der Unterrichtseinheit abgefragten Wünschen und Verbesserungsvorschlägen Raum zu geben. Die Grundlage für die kreative Bearbeitung von Problemen, deren Lösung sich die Schüler/-innen in Gruppen annehmen, sind Kenntnisse über formale Regelungen und institutionelle Hürden. Eine besondere Motivation schöpfen die Gruppen bei dieser Aufgabenstellung daraus, dass sie reale Probleme oder Ideen für Verbesserungen aus ihrem persönlichen Umfeld adressieren dürfen. Zudem können sie bei der Umsetzung der Kampagne individuelle Stärken einbringen – seien sie gestalterisch, sprachlich, organisatorisch oder technisch.

Bemerkungen zur Didaktik

Am Ende des (flexibel handhabbaren) Bearbeitungszeitraums präsentieren die Gruppen ihren Mitschüler(inne)n ihre Ergebnisse und stimmen über die beste, sprich die kreativste und erfolgversprechendste Kampagne ab. Im besten Fall – und darauf sollte die Lehrkraft bei der Stellung der Aufgabe hinarbeiten – schafft es eins der Ergebnisse als Vorschlag oder Antrag zur SV, der Schulleitung, einer Behörde, einer Partei oder in den Rat. Jede/-r kann erfolgreich Politik machen – wenn sie oder er will und weiß wie.

Quellen und Literatur

MARC CALMBACH ET AL.: *Wie ticken Jugendliche 2016? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland*, Berlin 2016.

Zeit	Didaktische Funktion/ Sozialform	Inhalt/ Lehrimpuls	Material/ Medien	Erwartete Antworten/ Lernziel
5'	Einstieg LSG	Rückbezug auf 1. Stunde der Einheit: Heute soll es darum gehen, geäußerte Wünsche a) auf deren Umsetzbarkeit zu überprüfen, um dann b) Ideen für deren Verwirklichung zu entwickeln. Natürlich könnt ihr auch neue Ideen ergänzen.	Plakat Stunde 1	<ul style="list-style-type: none"> ▶ erneute Bewertung der in Stunde 1 geäußerten Kritik und Wünsche vor dem Hintergrund des angeeigneten Wissens zum Thema Kommunalpolitik (s. auch Gelenk)
10'	Gelenk LSG	Themen zunächst gemeinsam überprüfen: 1 Welche der Wünsche sind überhaupt auf kommunaler Ebene verhandelbar? (L. clustert/sortiert ggf. vorläufig aus, erinnert bei Bedarf an rechtliche und institutionelle Möglichkeiten und Grenzen.) 2 Welche Wünsche wollt ihr ergänzen und welche kann man, wenn man sie abwandelt, wieder in die Liste aufnehmen? (L. erörtert ggf. gemeinsam mit SuS, wie man die Forderung umformulieren muss, damit sie in die Zuständigkeit der Gemeinde fallen.)	s. o. TA KV 12.1	<ul style="list-style-type: none"> ▶ SuS prüfen, welche Wünsche kommunalpolitisch adressiert und gelöst werden können, schließen ggf. Fälle aus oder formulieren sie um; ergänzen neue Ideen. ▶ Wissen über Zuständigkeiten anwenden
mind. 30' + als HA	Erarbeitung GA	<ul style="list-style-type: none"> – L. erteilt und erläutert Arbeitsaufträge (1 und 2) – L. ermutigt die SuS dazu, kreative Ansätze zu verwirklichen und verweist auf Kriterien für die Abstimmung. <p>🔗 Je nach Zeit und Medienausstattung können die Kampagnen als Poster, digitale Präsentation oder in Form einer Website aufbereitet werden. Da die Kampagne möglichst realistisch und öffentlichkeitswirksam sein sollte, sind kreative Ideen wie Plakataktionen mit griffigen Slogans, Flugblätter, Comics, Reden, Ideen für Flashmobs usw. gefragt. Kriterien: Überzeugungskraft, Durchsetzbarkeit und Originalität</p>	KV 12.1 Medien	<ul style="list-style-type: none"> ▶ (4er) Gruppen nach Thema ▶ Erarbeiten einer Argumentation (Was ist institutionell zu beachten?) und eines Fahrplans ▶ Beginn mit der Arbeit an der Kampagne
mind. 30'	Präsentation	<ul style="list-style-type: none"> – Aufgabe 3: Präsentation und Reflexion mit Prüfung der Ergebnisse anhand der Kriterien – Aufgabe 4: Abstimmung 	Produkte der SuS	<ul style="list-style-type: none"> ▶ SuS präsentieren und verteidigen ihre Kampagnen ▶ SuS stimmen ab/prämieren ▶ Kenntnis der komplexen Bedingungen von Kommunalpolitik ▶ Erfahrungen mit der Organisation einer politischen Kampagne
15'	Reflexion/ Vertiefung LSG	<ul style="list-style-type: none"> – Reflexion der Methode – Nachfragen, ob oder inwieweit eine der Kampagnen tatsächlich in die Tat umgesetzt werden soll oder ob Ideen zu anderen Projekten entstanden sind. 		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Aussagen dazu, inwiefern die Simulation Wissen über Kommunalpolitik festigt ▶ Kritik, Anregungen, Pläne für konkrete Aktionen

